

## Nain zu einem „Präventivkrieg“ gegen den Irak

Da die Vorbereitungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu einem neuerlichen Krieg gegen den von Saddam Hussein beherrschten Irak offenbar schon relativ weit fortgeschritten sind (vgl. *Civiltà Cattolica* 2002 IV, 213-219), möchten wir an dieser Stelle einige Überlegungen dazu anstellen, weshalb die neue bewaffnete Intervention gegen den Irak zur ihrer Rechtfertigung als „Präventivkrieg (*pre-emptive war*)“ bezeichnet wird.

Wie das Attribut „Präventiv-“ bereits aussagt, besteht das Ziel eines solchen Krieges darin, Schäden, die ein Staat einem oder mehreren anderen Staaten zufügen könnte, dadurch abzuwenden, dass man ihn der Fähigkeit und Möglichkeit dazu beraubt. Daher setzt ein Präventivkrieg voraus, dass es einen Staat gibt, der sich darauf vorbereitet, sowohl das Leben und die Gesundheit von Menschen als auch die vitalen Interessen eines oder mehrerer anderer Staaten zu schädigen. Es muss sich dabei nicht nur um Verbaldrohungen handeln, die ein Staat an einen anderen richtet, sondern um konkrete Taten mit dem Ziel, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um anderen schweren Schaden zuzufügen. Ein Präventivkrieg wäre daher zwar dem Anschein nach ein „Offensivkrieg“, jedoch in Wirklichkeit ein „Defensivkrieg“ in dem Sinne, dass man sich durch den „jetzigen“ Angriff auf einen feindlichen Staat vor einem „zukünftigen“ Angriff schützen würde, indem man diesen unmöglich machte. Als „defensiver“ Konflikt wäre ein Präventivkrieg nicht nur politisch notwendig, sondern auch moralisch vertretbar, weil man das Recht und die Pflicht hat, sich zu verteidigen.

\*\*\*

Den Vereinigten Staaten zufolge stellt Saddam Hussein eine schwere Bedrohung für die Menschheit dar, wie US-Präsident George W. Bush am 12. September 2002 in seiner Ansprache vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen sagte: „Saddam stellt eine Gefahr dar. Wir müssen die Sicherheit der Menschheit verteidigen. Aufgrund seines Erbes und seiner Entscheidung wird Amerika dies tun. Als Abgeordnete der UNO haben auch Sie die Macht und die Pflicht, das zu tun.“ Die Gefahr bestehe darin, dass Saddam Hussein über chemische wie biologische Massenvernichtungswaffen verfüge und auch noch weitere Waffen herstelle; er habe SCUD-Raketen mit einer Reichweite bis Israel und in die anderen Nachbarländer zur Verfügung, und er rüste sich auch atomar auf. Zudem sei der Irak der stärkste und hartnäckigste der sogenannten „Schurkenstaaten“ (*rogue states*) und gehöre somit zu denjenigen, die nicht nur über Massenvernichtungswaffen verfügen, sondern die sogar Atom- und Thermonuklearwaffen gebaut haben – wie z.B. scheinbar auch Nordkorea – und bereit seien, diese bei erstbestener Gelegenheit gegen Amerika und dessen Verbündete in allen Teilen der Welt einzusetzen. Außerdem sei Saddam Hussein ein grausamer Diktator: Zwar sei er Sprachrohr der sunnitischen Iraker, die 20% der Bevölkerung ausmachen, doch sitze er nicht nur am Hebel der Macht, sondern er unterdrücke zudem auch 63% der Iraker, die als Schiften vorwiegend im Süden des Landes in der Umgebung von Basra siedeln, wo sich die größten Rohstoffvorkommen befinden, und 17% der Iraker, die als Nichtaraber kurdischer Abstammung im irakischen Norden in der Gegend um die Staat Kirkük leben, einem anderen großen Erdölzentrum.

\*\*\*

Wie man sieht, hätte ein „Präventivkrieg“ gegen den Irak zum Ziel, durch einen Präventivschlag genau die Schäden von der Menschheit abzuwenden, die Saddam Hussein ihr – insbesondere in den Nachbarländern und im Westen (Vereinigte Staaten und Europa) – mit seinen Massenvernichtungswaffen zuzufügen bereit ist. Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, dass sie als einzige Supermacht der Welt, die effizient an allen Punkten der Erde intervenieren kann, die moralische Verantwortung haben zu vermeiden, dass jemand – und sei es mit Waffengewalt – der Menschheit bzw. einem erheblichen Teil davon schweren Schaden zufügen kann. Nach Aussage der amerikanischen Regierung wäre es opportun, wenn die Vereinigten Staaten unter der Ägide der UNO und in deren Auftrag handeln; sollte sich jedoch die UNO aufgrund innerer Spaltungen als unfähig erweisen, einen Beschluss zu fassen oder sich gegen einen solchen sträuben, wären die Vereinigten Staaten gezwungen, auch ohne die Zustimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Wohle der Menschheit zu handeln, da diese sich ja in gravierender, akuter Gefahr befände.

Mit anderen Worten glauben die Vereinigten Staaten zwar einerseits, „das beste Regierungssystem der Welt zu besitzen“, so dass „die Welt, falls sie wirklich Frieden wollte, nur die moralischen Grundsätze der Vereinigten Staaten anzuwenden brauche“ (Henry A. Kissinger, *Diplomacy*, New York, 1994, S. 18; dt. Titel: *Die Vernunft der Nationen*, Berlin, Siedler, S. 12), doch halten die Vereinigten Staaten es andererseits für ihre Pflicht, die westlichen Werte Freiheit, Demokratie und freie Marktwirtschaft in alle Welt zu tragen.

Am 1. Juni 2002 sagte Präsident Bush in einer Rede vor jungen Kadetten der Militärakademie West Point: „Wenn gemeinsame Werte und die Bedürfnisse von Männern und Frauen auf dem Spiel stehen, gibt es keinen Unterschied zwischen den Kulturen. Die Kriterien der Freiheit gelten voll und ganz auch für Afrika und Lateinamerika und die gesamte islamische Welt. Die Völker der islamischen Staaten wollen und verdienen dieselben Freiheiten und Chancen wie die Völker jedes anderen Staates [...]. Unserer Nation ging es immer um mehr als nur darum, uns selbst zu verteidigen. Wir haben immer für einen gerechteren Frieden gekämpft, für einen Frieden, der Freiheit begründet, und werden dies auch in Zukunft tun [...]. Wir werden den Frieden ausweiten und die Schaffung freier und offener Gesellschaften auf allen Kontinenten fördern.“

Die Vereinigten Staaten empfinden daher aus tiefstem Herzen eine Art messianische Berufung für das Menschengeschlecht, die sie insbesondere im Zweiten Weltkrieg (1939-45) und während des „Kalten Krieges“ gegen die UdSSR in die Tat umsetzten, als sie das „Reich des Bösen“ in der Gestalt des Nationalsozialismus Hitlers und des stalinistischen Kommunismus bekämpften und besiegten und das „Reich des Guten“ begründeten, indem sie zahlreichen Ländern beim Aufbau freier, demokratischer Regierungen halfen. Mit dem Attentat auf die New Yorker *Twin Towers* und den Washingtoner Pentagon (am 11. September 2002) versuchte das Imperium des Bösen dem amerikanischen Volk, seiner Demokratie, seiner Freiheit und auch seiner Wirtschaft einen tödlichen Stoß zu versetzen. Diesem Angriff mussten die Vereinigten Staaten unweigerlich etwas entgegensetzen, indem sie den Terrororganisationen den dauerhaften Krieg (*enduring war*) erklärten und somit diejenigen Staaten, die diese unterstützten und es immer noch tun, streng bestrafen. So kam es zum Krieg gegen das von den Taliban beherrschte Afghanistan als Unterstützer und Beschützer der wichtigsten Terrororganisation (Osama Bin Ladens Al-Qaida).

Doch muss der Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit der Schaffung und Stärkung des Reichs des Guten in der ganzen Welt einhergehen. Dies erfordert, dass diejenigen Staaten, die zum einen als Diktaturen die Demokratie ablehnen und ihren Bürgern die Freiheit verwehren, indem sie die Menschenrechte mit Füßen treten, und zum anderen Massenvernichtungswaffen besitzen und die Sicherheit der Vereinigten Staaten sowie ihrer Verbündeten, aber auch deren lebenswichtige wirtschaftliche Interessen wie Erdöl- und Erdgaslieferungen schwer bedrohen und bei denen sich friedliche Mittel als unzulänglich erwiesen haben, auch mittels eines Krieges niedergeschlagen werden müssen.

Manch einer hält den von Saddam Hussein regierten Irak für den gefährlichsten dieser „Schurkenstaaten“. Er ist zwar nicht der einzige, da er häufig im gleichen Atemzug mit Nordkorea genannt wird, doch soll von ihm heute die weltweit größte Bedrohung für die Sicherheit und den Frieden ausgehen. Warum ist Saddam Hussein nun aber so gefährlich, dass er durch einen „Präventivkrieg“ ausgeschaltet werden muss?

Die Vereinigten Staaten führen als Motiv die Bedrohung an, die der Irak mit seinen Massenvernichtungswaffen für die gesamte Welt darstellt: Waffen, über die er entgegen allen UNO-Resolutionen keinerlei Informationen preisgab, da er den UN-Inspektoren den Zutritt zu den geheimen Aufbewahrungsorten verwehrte, die er aber auch nicht vernichten ließ, da er sie ja selbst hatte bauen lassen, womit er wiederum gegen die Abrüstungsklauseln verstieß, die ihm die UNO nach Ende des Golfkriegs (1991) auferlegt und an die er sich nie gehalten hatte.

Allerdings scheint das vielen eine schwache Begründung für einen militärischen Angriff gegen den Irak. Zwar hat der Irak viele Male gegen die Resolutionen der Vereinten Nationen verstoßen, doch wurde errechnet, dass insgesamt 91 Verstöße gegen UNO-Resolutionen vorliegen, von denen 59 von Bündnispartnern der Vereinigten Staaten begangen wurden, nämlich von Israel und der Türkei. Israel widersetzte sich 32 Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Mit der letzten – Nr. 1435 aus 2002 – wurde ein „rascher Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus den palästinensischen Städten und ihr Rückzug auf die vor September 2000 gehaltenen Positionen“ gefordert. Doch ebenso wie die vorherigen Resolutionen blieb auch diese ohne Folgen. Die Türkei verstieß gegen alle 24 Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Zypern, das im Norden von türkischen Truppen besetzt wird, deren Abzug die UNO vergeblich forderte. Marokko wiederum missachtete 16 UNO-Resolutionen zur Westsahara. Nur haben die Vereinigten Staaten wegen keines einzigen dieser Verstöße militärisch interveniert. Andererseits nahm der Irak die letzte Resolution der Vereinten Nationen, Nr. 1441 vom 8. November 2002, an und erlaubte den Waffeninspektoren den Zutritt zu sämtlichen Stätten, die sie inspizieren wollten.

Zwar sehen zahlreiche Beobachter in Saddam Hussein einen Diktator, dem schwere Verbrechen, unter anderem auch gegen eigene Familienangehörige, vorgeworfen werden, doch existieren heutzutage viele diktatorische Regime, die durchaus nicht weniger hart und grausam sind als das des Irak. Einige davon sind mit den Vereinigten Staaten befreundet, genießen deren Schutz und werden wirtschaftlich von ihnen subventioniert.

Was die biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen angeht, so ist wahrscheinlich, dass der Irak sie hergestellt hat, in ihrem Besitz ist und bereit wäre, sie einzusetzen. Doch liegen weder gesicherte dokumentierte Beweise dafür vor, welcher Art diese sind, noch darüber, inwieweit Saddam Hussein sie einsetzen könnte. Allerdings ist hier anzufügen, dass auch viele andere Staaten, insbesondere

die mächtigsten und fortschrittlichsten und an erster Stelle die Vereinigten Staaten und Russland biologische und chemische Waffen produzieren und besitzen.

Was die strategischen Waffen, Atom- und Nuklearwaffen und Raketen anbetrifft, so besitzt das irakische Regime zwar SCUD-Raketen, mit denen es Israel treffen kann (gegen die sich Israel jedoch mittlerweile verteidigen kann, da sie noch vor dem Eintreffen am Ziel zerstört werden können), doch es hat keine Atom- und Nuklearwaffen, auch wenn es hofft, sich diese in einigen Jahren beschaffen zu können. Allerdings sind mittlerweile viele Staaten, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, im Besitz von Nuklear- und Atomwaffen. Daher gäbe es keinen Grund, weshalb Saddam Hussein für den Besitz von Waffen bestraft werden sollte, die andere Staaten – und an erster Stelle die Vereinigten Staaten in unvergleichlich großer Menge – auch besitzen und im Ernstfall gegen andere Staaten einzusetzen drohen. Präsident Bush ließ ja selbst am 11. Dezember 2002 den Einsatz von Nuklearwaffen offen, falls Saddam Massenvernichtungswaffen einsetzen sollte.

Dafür, dass der Irak dem internationalen Terrorismus in Form von Terroristenausbildungslagern und durch Unterstützung von Attentaten Hilfe geleistet haben soll, existieren keine sicheren Beweise. Das Attentat vom 11. September 2001 wurde von 15 offensichtlich in Afghanistan ausgebildeten saudischen Kamikazefliegern verübt. Wenn man anführt, Saddam Hussein nähere und unterstütze den palästinensischen Terrorismus gegen Israel, sollte man auf jeden Fall auch berücksichtigen, dass der Iran, soweit man hört, die palästinensischen Terroristen der *Hisbollah*, *Hamas* und des *Dschihad* unterstützt.

\*\*\*

Wenn also die Gründe, die für einen Angriff auf Saddam angeführt werden, nicht zwingend bzw. derart sind, dass sie sogar einen „Präventivkrieg“ rechtfertigen würden, warum wirken dann die Vereinigten Staaten – ob mit oder ohne Zustimmung der UNO – entschlossen, Saddam und sein diktatorisches Regime zu stürzen? Der eigentliche Grund scheint die geopolitische Lage des Iraks im Nahen Osten zu sein. Dieser und insbesondere dessen drei größte Erdöl und Erdgas produzierende Staaten (Irak, Iran und Saudi-Arabien) sind ein für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten lebenswichtiges Gebiet: Freier Zugang dazu ist für den gesamten Westen von grundlegender Bedeutung. Bisher konnte man auf Saudi-Arabien zählen, ein Land, das 259 Milliarden Barrel an Rohölreserven besitzt, die billig gefördert werden können, und dessen derzeitige Ist-Produktion bei etwa 7,5 Millionen Barrel pro Tag liegt, von denen täglich ca. 6,5 Millionen Barrel exportiert werden. Um den Bedarf der USA zu decken, müsste die Produktionskapazität der Erdölquellen ab 2010 auf über 14 Millionen Barrel täglich ansteigen, wozu Saudi-Arabien scheinbar nicht in der Lage ist. Entweder weil es nicht dazu gewillt ist oder weil es nicht über das notwendige Know-how verfügt oder weil Erdöl in der Mentalität der Beduinen ein Geschenk Gottes ist, das es zu bewahren gilt und das zuallererst für die islamische Welt bestimmt ist, bevor es für die Bedürfnisse der als „korrupt und islamfeindlich“ verschrienen westlichen Welt zu Verfügung gestellt wird. Andererseits ist Saudi-Arabien im Innern unter zahlreichen saudischen Prinzen aufgeteilt, welche die Führungsklasse des Landes darstellen, und es muss mit der stark antiwestlich eingestellten fundamentalistischen Wahhabiten-Bewegung fertig werden, die den internationalen Terrorismus finanziert (auch hier sei daran erinnert, dass das Attentat vom 11. September 2001 von 15 saudischen Kamikazefliegern verübt wurde).

Daher ergibt sich für die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit, sich den Zugang zu den irakischen Erdölvorkommen zu sichern, die sich erwiesenermaßen auf 112 Milliarden Barrel (11% der Vorkommen weltweit) belaufen und somit an zweiter Stelle nach den saudi-arabischen Quellen stehen, vermutlich aber dreimal größer sind. Die derzeitige Höchstproduktion beträgt 2,8 Millionen Barrel pro Tag, könnte sich jedoch in fünf Jahren verdoppeln. In diesem Fall wäre der Irak der zweitgrößte Lieferant der Welt nach Saudi-Arabien. Damit jedoch die Vereinigten Staaten angesichts ihres wachsenden Energiebedarfs in ausreichendem Maße auf das irakische Erdöl zugreifen können, halten einige es für nötig, Saddam Hussein mitsamt seinem diktatorischen Regime, das den Zugang aus antiwestlichem Hass verwehrt, zu stürzen und zu eliminieren. Dies ist wiederum nur durch eine ausländische Militärintervention möglich, da ein Aufstand oder Staatsstreich von innen heraus weder von Seiten der Schiiten noch der Kurden denkbar ist.

Den Vereinigten Staaten, führen einige an, gehe es zudem nicht nur darum, sich den Zugang zu den riesigen Erdölvorkommen des Iraks zu sichern, sondern sie wollten den gesamten, heute von Saddams Regime bedrohten Nahen Osten „stabilisieren“, da der Diktator seine Massenvernichtungswaffen auch gegen die benachbarten Länder einsetzen könne, wie bereits zum Teil gegen die Kurden geschehen. Eine der maßgeblichen Positionen der US-Regierung vertreten der Vorsitzende des *Defense Advisory Board* R. Perle und der Staatssekretär für Verteidigung P. Wolfowitz, die verkünden, „die Besetzung des Irak wäre die Gelegenheit, ihn zu demokratisieren und in das Zeitalter der Moderne und der Globalisierung zu überführen. Dies würde dann als Katalysator für eine tiefgreifende Reform in der gesamten arabischen und islamischen Welt wirken und könnte ‚Herzen und Verstand‘ der islamischen Massen ‚erobern‘, diese zur Demokratie bekehren und deren Groll auf die Vereinigten Staaten mildern. Der islamisch geprägte internationale Terrorismus würde somit auf ein Ausmaß zurückgeführt, dass wieder steuerbar würde, da die Quellen, aus denen er rekrutiert und unterstützt wird, versiegen würden. Durch Demokratie und freie Marktwirtschaft in einem so wichtigen Land wie dem Irak entstünde dann ein Dominoeffekt in der Region, der ein Zusammenleben des Islam mit dem Westen möglich machen würde“. (C. Jean, „Non sbagliare guerra per non sbagliare pace“ [dt.: Kein falscher Krieg für einen falschen Frieden] in: *Limes*, 2002, Nr. 4, 49).

Solch „missionarische“ Vorhaben, den arabischen und islamischen Nahen Osten zu demokratisieren, teilen die „Realisten“ in der US-Regierung wie Vizepräsident Cheney nicht, die sich keinerlei Illusionen hingeben, man könne die arabischen und muslimischen Länder mit Gewalt zur Übernahme westlicher Demokratiewerte zwingen und in die Mauer der Feindlichkeit, die den Islam von der westlichen Welt trennt, eine Bresche schlagen. Ihrer Ansicht nach muss der Irakkrieg geführt werden, um die OPEC und Saudi-Arabien zu schlagen und das für die amerikanische Wirtschaft notwendige irakische Erdöl wieder auf den Markt zu bringen. Man solle jedoch nicht meinen, den Nahen Osten demokratisieren zu können, denn das hieße, sich auf ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Unternehmen mit zudem destabilisierendem Ausgang einzulassen.

\*\*\*

An dieser Stelle möchten wir auf das Problem „Präventivkrieg“ eingehen, denn dies soll der eventuelle Krieg gegen den Irak ja sein. Das Problem kann in zweierlei Hinsicht untersucht werden: zuerst einmal aus völkerrechtlicher und dann aus moralischer Sicht.

Das in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebene Völkerrecht sieht einen „präventiven“ Krieg gar nicht erst vor, sondern schließt ihn sogar aus, da der Einsatz

militärischer Gewalt nur im Falle der „Notwehr“ zulässig ist, der dann vorliegt, wenn ein Staat oder eine Staatengruppe einen anderen Staat militärisch angreifen. Dabei muss es sich um einen Angriff handeln, der bereits im Gange ist oder – n. E. einiger Juristen – zumindest kurz bevorsteht, wie es anscheinend 1967 der Fall war, als der Staat Israel angesichts der allgemeinen Mobilmachung der arabischen Nachbarländer, die dessen Überleben bedrohten, diese zuerst angriff. Im Falle des Irak ist nun weder ein militärischer Angriff gegen die Vereinigten Staaten bereits im Gange, noch wäre die Drohung, diese in Kürze militärisch anzugreifen, plausibel. Man muss sogar sagen, dass der Irak selbst Ziel amerikanischer und britischer Luftangriffe in den beiden Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes ist.

Die Amerikaner sagen, der Irak stelle, da er Massenvernichtungswaffen besitze und sich Nuklearwaffen beschaffe, mit denen er sowohl den mit den Vereinigten Staaten befreundeten Ländern wie Israel und den „gemäßigten“ arabischen Ländern schwersten Schaden zufügen könne als auch den Vereinigten Staaten selbst, und da er Terroristen biologische und chemische Waffen zur Durchführung von Militäraktionen auf US-amerikanischem Gebiet liefere, eine große Bedrohung dar, die, wenn sie jetzt noch nicht unmittelbar sei, dies in einiger Zeit werden könne. Daher müsse man dieser Drohung unbedingt „zuvorkommen“ und die Massenvernichtungswaffen beseitigen.

Ein sehr gefährlicher Gedankengang, der endlosen Kriegen Tür und Tor öffnen würde, zumal die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (auch Atomwaffen) in deren Besitz zahlreiche, u.a. auch arme Länder sind - wodurch sie ihre Misere, Hunger und Unterentwicklung leider nur noch verschlimmern -, eine dauerhafte Bedrohung für andere Länder bedeutet, militärisch angegriffen werden zu können. Wenn jedes Land, das sich bedroht fühlt, denjenigen Staat, der es bedroht, militärisch zuerst angriffe, um einem drohenden Angriff „zuvorkommen“, gäbe es endlose Krieg auf der ganzen Welt, weil viele Staaten aufgrund territorialer Fragen miteinander grundlegend zerstritten sind. Man denke nur an den Streit zwischen Pakistan und Indien um den Besitz des Kaschmir.

\*\*\*

Aus moralischer Sicht wäre ein „Präventivkrieg“, wie jeder andere Krieg, auch moralisch verwerflich, es sei denn, es handelt sich um einen Verteidigungskrieg im Falle eines bereits laufenden oder kurz bevorstehenden militärischen Angriffs, der dem angegriffenen Staat gem. Art. 51 der UN-Charta das Recht verliehe, sich diesem so lange mit Gewalt zu widersetzen, bis der Sicherheitsrat der UNO die notwendigen Vorkehrungen getroffen hat, um den Frieden und die unrechtmäßig verletzte internationale Ordnung wiederherzustellen.

So schrieb der Bischof von Belleville und Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten Wilton D. Gregory am 12. September 2002 in einem im Namen der Bischofskonferenz abgesandten Brief an Präsident Bush:

„Ausgehend von den uns bekannten Fakten sind wir zu der Schlussfolgerung gelangt, dass der Einsatz präventiver, einseitiger Gewalt [gegen den Irak] momentan nur schwer zu rechtfertigen ist. Wir befürchten, dass die Anwendung von Gewalt unter diesen Umständen nicht mit den strengen Bedingungen der katholischen Lehre vereinbar ist, um die hohe Wahrscheinlichkeit, militärische Gewalt einzusetzen, zunichte zu machen. Besonders besorgniserregend sind die traditionell richtigen Kriegskriterien der gerechten Sache: rechte Autorität, Erfolgsaussichten, Verhältnismäßigkeit und Straffreiheit für Nichtkämpfer.“

*„Gerechte Sache. Wie sieht der casus belli im Falle eines militärischen Angriffs auf den Irak aus? Der Katechismus der Katholischen Kirche (Nr. 2309) [...] grenzt die gerechte Sache auf solche Fälle ein, in denen „der Schaden, der der Nation oder der Völkergemeinschaft durch den Angreifer zugefügt wird, sicher feststeht, schwerwiegend und von Dauer [ist]“. Gibt es einen klaren, hinlänglichen Beweis für eine direkte Verbindung zwischen dem Irak und den Attentaten vom 11. September oder einen klaren, unmittelbaren Beweis für einen bevorstehenden schweren Angriff? Wäre es umsichtig, die traditionellen moralischen und gesetzlichen Grenzen der gerechten Sache drastisch auf einen präventiven Einsatz militärischer Gewalt auszuweiten, um gefährliche Regime zu stürzen oder das Problem Massenvernichtungswaffen zu bewältigen? Müsste man nicht unterscheiden zwischen dem Bemühen, das inakzeptable Verhalten einer Regierung zu ändern, und dem Bestreben, der Existenz einer solchen Regierung ein Ende zu setzen?*

*„Erfolgsaussichten und Verhältnismäßigkeit. Der Einsatz von Gewalt muss „ernsthafte Aussichten auf Erfolg“ bieten und „darf weder Leid noch Unordnung schaffen, die schlimmer als das Leid sind, das sie auszulöschen vorgeben“. Ein Krieg gegen den Irak könnte nicht nur für den Irak selbst unvorhersehbare Konsequenzen haben, sondern auch für den Frieden und die Stabilität im übrigen Nahen Osten. Wäre ein Präventivkrieg erfolgreich, wenn er die schlimmen Drohungen vereiteln würde, oder würde er genau die Attentate provozieren, die er zu verhindern vorgibt? Welche Auswirkungen hätte der Krieg kurz- und langfristig auf die Zivilbevölkerung im Irak? Wie viele unschuldige Menschen würden noch mehr leiden und sterben oder Haus, Hof und Arbeit verlieren? Würden die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft sich dafür einsetzen, die schwierige Aufgabe zu meistern, einen gerechten Frieden sicherzustellen, oder würde der Irak nach einem Krieg nicht doch in der Post-Saddam-Ära ein von Bürgerkriegen und Unterdrückung geschundenes Land, das zu einer destabilisierenden Kraft in der Region würde? Würde der Einsatz militärischer Gewalt das Konfliktpotential und die Instabilität nicht noch weiter erhöhen? Würde ein Krieg gegen den Irak unsere Verantwortung schmälern, beim Aufbau eines gerechten und stabilen Systems in Afghanistan zu helfen und eine breitere Koalition gegen den Terrorismus schwächen?*

*„Die Regeln, nach denen Kriege geführt werden. Wir erkennen zwar die verbesserten Möglichkeiten und die ernsthaften Bemühungen an zu vermeiden, dass Zivilisten zum direkten Ziel in einem Krieg werden, doch könnte der Einsatz massiver militärischer Gewalt zur Vernichtung der derzeitigen irakischen Regierung unberechenbare Folgen für eine Zivilbevölkerung haben, die durch den Krieg, die Unterdrückung und das sie schwächende Embargo bereits enorm gelitten hat.“*

Diese tragischen Fragen, die auch die amerikanischen Bischöfe Präsident Bush stellten, rütteln das christliche Gewissen schmerzhaft auf. Es geht hier nicht darum, Pazifismus bis zum Äußersten zu betreiben – was wiederum wohl begründet wäre, da der „moderne“ Krieg als solcher und nicht nur durch die Niedertracht der Menschen grausamer, unmenschlicher und sinnloser denn je ist. Daher ist das „Nein“ zum Krieg („Nie wieder Krieg!“), das Paul VI. am 4. Oktober 1965 vor der UNO-Versammlung aussprach und das Johannes Paul II. am 24. Januar 2002 in Assisi am Gebetstag für den Weltfrieden bekräftigte, die einzige vernünftige Einstellung, die wir Menschen heute im Hinblick auf einen eventuellen Krieg einnehmen können. Hier geht es jedoch darum, die raue Realität der Dinge zu betrachten. Und Realität ist, dass ein Krieg gegen den Irak nicht aus den angeführten Gründen geführt würde – falls es stimmt, dass die UN-Inspektoren bisher keine Massenvernichtungswaffen gefunden haben –, sondern aus ordnungspolitischen und wirtschaftlichen

Erwägungen. Und raue Realität ist auch, dass man sich nicht vormachen darf, man könne einen Krieg mit sogenannten „Intelligenten“ Waffen führen, die nur militärische Ziele trafen und die Zivilbevölkerung schadlos hielten. Ein Krieg gegen den Irak würde zwangsläufig zu einer Invasion in das irakische Staatsgebiet führen, und da sich die irakische Defensive in den großen Städten - insbesondere in Bagdad, Basra, al-'Amara und An Nasiriyah im Süden, Tikrit, Kirkuk und Mosul im Norden - konzentriert, würden die Kämpfe in diesen Großstädten eine große Zahl an Zivilopfern fordern. Es ist auch keineswegs daran zu denken, Saddam werde sich schnell ergeben, denn der Irak und die dort herrschende Regierung kämpfen ja um ihr eigenes Überleben.

Wenn andererseits abzusehen ist, dass die Vereinigten Staaten den Krieg gegen den Irak aufgrund des enormen Missverhältnisses der Kräfte auf dem Feld gewinnen würden (was wahrscheinlich kein Blitzkrieg würdelt) und über die riesigen irakischen Erdölvorkommen verfügen könnten, dann würde nicht der Friede siegen. Es wäre eine Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens absehbar, weil der Angriff auf den Irak von den stärker politisierten islamischen Massen, die schon jetzt tiefen Hass gegen den Westen hegen, als Kriegshandlung gegen den Islam und die arabischen und islamischen Ländern verstanden würde. Dies wird unweigerlich große Schwierigkeiten für die heute mit den Vereinigten Staaten befreundeten „gemäßigten“ Länder wie Ägypten, Jordanien und Pakistan nach sich ziehen, in denen die radikalsten islamischen Strömungen Oberhand gewinnen könnten. Für Osama Bin Laden bzw. für dessen Nachfolger, der es auf das Erdöl in Saudi-Arabien abgesehen hat, dessen Staatsbürger er ja ist, würde es um ein Vielfaches leichter, seine Ziele zu erreichen.

Die schlimmste Konsequenz eines Krieges gegen den Irak wäre jedoch ein Wiederaufflammen des Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten und die westlichen Verbündeten. Dann durch einen Angriff auf den Irak würde der Hass auf den gesamten Westen wachsen und viele Jugendliche dazu bewegen, Mitglied in den unterschiedlichen Terrororganisationen zu werden, um in den Dschihad gegen den Westen zu ziehen. Somit würde der von Präsident Bush nach dem 11. September 2001 ausgerufene „Kreuzzug“ nicht nur nicht den Terrorismus zerschlagen - denn die von Bin Laden gesteuerte Al-Qaida wurde durch den Afghanistankrieg ja nur geschwächt und kann den Westen wahrscheinlich angreifen, wann und wo immer sie will -, sondern er würde ihm sogar neuen Nährboden bieten. Es wird also deutlich, dass Terrorismus nicht mit Krieg bekämpft und beseitigt wird, sondern mit anderen Mitteln wie denen der Geheimdienste und der Diplomatie. Abschließend können wir nur wiederholen, was Johannes Paul II. bereits 1991 sagte, als der Vater des jetzigen Präsidenten Bush den ersten Krieg gegen den Irak ausrief: „Krieg ist ein Abenteuer ohne Umkehr.“

*Die Civiltà Cattolica*

18. Januar 2003